

Wie mit Vielfalt umgehen?

Zur Neuordnung der Deutschen Islamkonferenz

Ein Beitrag von Hendrik Meyer und Klaus Schubert

Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) steckt in einer Krise, in der die Bundesregierung nicht angemessen handelt. Dabei hatte doch alles so vielversprechend begonnen, als 2006 der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zur ersten Sitzung der DIK lud: Muslime in Deutschland, so die einhellige Absicht, sollten sich als deutsche Muslime und als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft verstehen. Dieser erste offizielle Dialog mit dem Islam auf Bundesebene wurde von vielen Seiten begrüßt, so auch von den muslimischen Verbänden. Die bisherigen Erfolge der DIK liegen aber vor allem auf der symbolischen Ebene. Vielerorts wird das als ungenügend empfunden, Erwartungen wurden enttäuscht.

Nun kündigt der jetzige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) eine Neuausrichtung der DIK an. Ihm geht es darum, konkrete inhaltliche Ziele zu erreichen, da eine „theoretische Bejahung“ der deutschen Gesellschaft nicht ausreicht. Mit den harschen Reaktionen der deutschen Muslime im Vorfeld der neuerlichen Einladung wird allerdings deutlich, dass die angekündigten Schritte wenig geeignet sind, das Verhältnis von Politik und Islam nachhaltig zu verändern. Dazu bedarf es eines umfassenden politischen Konzeptes. Das ist allerdings nicht in Sicht. Ursache hierfür ist, dass die Probleme der Gegenseite – der deutschen Muslime – nicht genügend berücksichtigt werden. Vielmehr werden thematische und personelle Grenzen gesetzt, die möglicherweise die Erfolgchancen der Konferenz gefährden.

Dem Innenminister geht es bei der Neuausrichtung der Konferenz vor allem um die Themen Religionsunterricht, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie um die Debatte über den friedlichen Islam einerseits und den gewalttätigen Islamismus andererseits. Für die Politik spielt dabei insbesondere der Sicherheitsaspekt eine zentrale Rolle. Zwar hat de Maizière hinsichtlich der thematischen Ausrichtung Gesprächsbereitschaft signalisiert.

siert. Der ursprünglich geplante Ausschluss von Themen wie Rassismus und Islamophobie ignoriert allerdings die Lebensrealität zahlreicher in Deutschland lebender Muslime. Um Grundlagen für eine Politik jenseits bloßer Symbolik zu schaffen, bedarf es einer thematischen Offenheit, die die Agenda aller beteiligten Akteure berücksichtigt.

Damit ist gleichzeitig das Problem der personellen Besetzung der DIK benannt. Im Zuge der Neuordnung der DIK sollen nicht nur die Teilnehmer aus Bund, Ländern, Gemeinden und Vertretern der Muslime weitgehend ausgetauscht werden. Für Konflikte sorgt derzeit vor allem die faktische Ausladung einer Gruppierung, dem Islamrat. Der Innenminister begründet sein „Angebot einer ruhenden Mitgliedschaft“ mit den derzeit laufenden Verfahren gegen einzelne Mitglieder des Verbandes Milli Görüs, der den Islamrat wesentlich prägt. Zugleich betont de Maizière, dass die Ausladung des Islamrates nichts mit den anderen muslimischen Verbänden zu tun habe. Dabei verkennt er jedoch die Bedeutung des Koordinationsrates der Muslime (KRM) für die Integration.

Die Einbeziehung der islamischen Verbände im Rahmen der DIK ist zunächst einmal Ausdruck des gestiegenen gesellschaftspolitischen Handlungsdrucks. In dessen Folge hatte sich der KRM 2007 mühsam als Dachverband der vier größten islamischen Verbände – darunter der Islamrat – gegründet. Der KRM sollte Ansprechpartner für den Staat in wichtigen Fragen des Islam sein, und zwar als Instanz, die institutionalisiert, legitimiert und mit genügend Autorität ausgestattet ist. Die faktische Ausladung des Islamrates unterminiert nun aber die ursprünglich auch vom Bundesinnenministerium gewollte Autorität des KRM. Es liegt auf der Hand, dass damit der Dialog zwischen Politik und Islam nicht gefördert, ein Konsens eher erschwert, möglicherweise ganz verhindert wird. Bekanntermaßen sind die Interessen der Muslime in Deutschland äußerst heterogen. Ausgrenzungsstrategien sind da wenig hilfreich. Nur wenn die unterschiedlichen Standpunkte auch zu Wort kommen, kann ein Ausgangspunkt geschaffen werden, der möglicherweise Veränderungen in Gang setzt.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht werfen diese Konflikte die grundsätzliche Frage auf, wie mit Vielfalt umgegangen werden kann. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, in denen der politische Ausgleich unterschiedlicher Interessen gesucht wird, etwa in Form von Runden Tischen. Das Besondere im gegebenen Fall ist aber die Interessenvielfalt der deutschen Muslime selbst. Genauer gesagt: die Vielzahl artikulierter Interessen, die

nicht nur kontrovers diskutiert werden, sondern aufgrund der zu Grunde liegenden Wertehaltungen unvereinbar sind – zumindest unvereinbar erscheinen. In diesem Sinne ist die Situation der DIK einzigartig. Für die Politik stellt sich damit nicht nur die Frage, wie mit dieser wertgebundenen Vielfalt umgegangen werden soll. Es stellt sich die Frage, ob die Integration der Vielzahl islamischer Interessen überhaupt in einem top-down-Prozess gesteuert werden kann. Hier ist einige Skepsis angebracht. In diesem Zusammenhang bieten sich Konzepte an, die näher liegen. Denn während der Begriff der politischen Steuerung Erwartungen impliziert, der Staat könne quasi von oben Integration verordnen, geht es doch eigentlich darum, der muslimischen Interessenvielfalt möglichst viel Gelegenheit zu verschaffen, „anzudocken“. Hier ist eher eine Vermittlerrolle des Staates gefragt: einerseits zwischen kontroversen Interessen innerhalb der muslimischen Gruppierungen in Deutschland und andererseits zwischen muslimischen Interessen und der „Aufnahmegesellschaft“. Effektive Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen bedeutet aber auch, dass ein Ausschluss maßgeblicher Vertreter der hier lebenden Muslime in die Sackgasse führt. Nur unter Einschluss aller islamischen Strömungen und Interessengruppen können materielle Fortschritte erzielt werden.

Angesichts der Schwierigkeiten einer „verordneten“ top-down-Steuerung muss damit gerechnet werden, dass auf Bundesebene nicht mehr als symbolische Politik geleistet werden kann. Zwar ist der Bund in der Lage, wichtige Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn es um die praktische Integration der Vielzahl unterschiedlicher muslimischer Interessen, Wertvorstellungen und Lebensentwürfe geht, ist aber in erster Linie das jeweilige lokale Umfeld gefragt – Integration ist ein bottom-up-Prozess.

An dieser Stelle darf allerdings die Bedeutung symbolischer Politik nicht unterschätzt werden. So kann etwa der Ausschluss eines gesamten Verbandes auf Bundesebene nachhaltige Auswirkungen auf das konkrete Handeln auf der lokalen Ebene nach sich ziehen, etwa für die Arbeit in und mit den einzelnen Moscheegemeinden. In diesem Sinne sind Symbolik und konkrete inhaltliche Neuausrichtung keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Politikwissenschaftliche Erkenntnisse und Analysen könnten dazu beitragen, die gerade in diesem Politikfeld politisch aufgeladenen Debatten zu versachlichen und so mögliche Auswege aufzuzeigen.

Die Autoren:

Prof. Dr. **Klaus Schubert** ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Projekts „Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland – Integration durch politische Steuerung?“ im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU).

Hendrik Meyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in diesem Projekt.